



Institut für Sozialmedizin Leitung: Prof. Dr. Anita Rieder

Zum Gesetzentwurf zum "Schulrechtspaket 2016" des BM für Bildung und Frauen nimmt das Zentrum für Public Health der MUW wie folgt Stellung:

Anlass

Im Rahmen des Schulrechtspakets ist die Abschaffung der Dokumentation schulärztlicher Tätigkeiten geplant. Dieser Vorstoß löste eine aktuelle Diskussion rund um die von SchulärztInnen erhobenen Daten aus. Neben dem großen Potenzial für die Kindergesundheit in Österreich dürfen die in diesem Zusammenhang bereits bestehenden zahlreichen Probleme nicht ausgeblendet werden.

Stellungnahme

Tatsächlich ist die bisherige Vorgangsweise im Umgang mit den Daten als defizitär und problematisch zu bezeichnen. Dies wird auch seitens der Österreichischen Ärztekammer in ihrer Aussendung moniert [1].

Seit der Einstellung der Auswertung der Gesundheitsblätter im Jahre 1997 gab es etliche Versuche, den Themenbereich neu zu organisieren, um medizinisch relevante Daten von Schulkindern zu erhalten. In einigen Bundesländern bzw. größeren Städten ist dies auch gelungen, die Grundlagen dafür sind aber teils nicht evidenzbasiert, teils auch nicht mehr zeitgemäß und darüber hinaus österreichweit nicht vergleichbar. Daher erlauben sie auch keine Aussagen zur österreichischen Situation der Gesundheit von Schulkindern.

Fast 20 Jahre nach den letzten österreichweiten Auswertungen und den vielen Forderungen maßgeblicher ExpertInnen rund um die Erhebung von Kinder-Gesundheitsdaten sollte man nun diese Chance für eine Neuorientierung nützen. Gesundheitspolitisch sind dazu mit der Kindergesundheitsstrategie und den österreichischen Gesundheitszielen wichtige Rahmenbedingungen formuliert worden [2,3]. Durch die Entwicklungen im Rahmen der stark Public Health orientierten

Gesundheitsreform (Gesundheitsreformgesetz 2013) hat sich mittlerweile auch das Bewusstsein für die Bedeutung von Kindergesundheitsdaten deutlich verbessert.

Nun ist es an der Zeit, wissenschaftlich aktuelle Kriterien für diese medizinisch bedeutsamen Erhebungen zu etablieren, um verwertbare Daten zu generieren und schließlich fundierte Erkenntnisse zu gewinnen. Die gänzliche Abschaffung einer Datenerhebung ist jedenfalls ein völlig falsches Signal.

Mit evidenzbasierten Daten wird eine entscheidende Voraussetzung für die frühe Erfassung (präventiv beeinflussbarer) körperlicher, seelischer und sozialer Gesundheitsprobleme geschaffen. Zudem sind diese Daten eine wichtige Ergänzung für die Bereiche Gesundheitsberichterstattung und -versorgung sowie Prävention und Gesundheitsförderung [4].

Eine Erhebung von Daten allein bewirkt allerdings noch keine Verbesserung der Kindergesundheit. Dies ist erst nach Formulierung und Beantwortung bestimmter Fragestellungen möglich. Aspekte aus dem aktuellen Kinder- und Jugendgesundheitsbericht des österreichischen Gesundheitsministeriums [5] und der vorbildlichen Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KIGGS-Studie) [6] wären mögliche Ausgangspositionen für diese Diskussion. Selbstverständlich muss für österreichspezifische Aussagen auch eine österreichweite standardisierte Datenerhebung Grundlage sein.

Abgesehen davon muss eine Auswertung samt öffentlicher Berichterstattung in bestimmten Abständen durchgeführt und finanziell abgesichert werden.

Es ist aus allgemeinmedizinischer, epidemiologischer und sozialmedizinischer Sicht sowie aus der Perspektive von "Health Services" notwendig, dass nun auch konkrete Entscheidungen getroffen werden, um das zweifellos vorhandene Potenzial für Verbesserungen im Bereich der öffentlichen Gesundheitsdienste für Kinder und Jugendliche zu verwirklichen.

Das Zentrum für Public Health der Medizinischen Universität ist selbstverständlich bereit, diesen Prozess mit seiner langjährigen wissenschaftlichen Child Public Health Expertise zu unterstützen [7]. Es ist allerdings kein gangbarer Weg, die Erhebung von Gesundheitsdaten von Schulkindern ersatzlos zu streichen.

Literatur

- [1] Österreichischen Ärztekammer (2016): ÖÄK zu Schulrechtspaket: Daten nutzen, Kindergesundheit fördern.
- http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160428_OTS0062/oeaek-zuschulrechtspaket-daten-nutzen-kindergesundheit-foerdern
- [2] BM für Gesundheit (2014): Kinder- und Jugend Gesundheitsstrategie Schwerpunkt
- Chancengerechtigkeit.http://www.bmg.gv.at/home/Schwerpunkte/Kinder_und_Jugen dgesundheit/Kinder_und_Jugendgesundheitsstrategie/Kinder_und_Jugendgesundheitsstrategie 2014 Arbeitsverlauf und Ergebnisse
- [3] BM für Gesundheit (2015): Rahmen-Gesundheitsziele. Richtungsweisende Vorschläge für ein gesünderes Österreich http://www.gesundheitszieleoesterreich.at/die-10-ziele.
- [4] Bergmann K et al. (2002): Der Kinder-und Jugendgesundheitssurvey eine Grundlage für Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsziele. Gesundheitswesen 64:53-58.
- [5] BM für Gesundheit (2016): Österreichische Kinder- und Jugendgesundheitsbericht. http://bmg.gv.at/home/KindJugBericht.
- [6] Robert Koch-Institut (RKI): Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. www.kiggs.de.
- [7] Damm L, Moshammer H, Wallner P, Kundi M, Hutter H-P (2007): Ein kritischer Blick auf das österreichische Schulärztewesen. Mitteilungen der Sanitätsverwaltung 108:7-12.

Wien, am 25. Mai 2016

Univ.-Prof. Dr. Rieder Anita Leiterin des Zentrums für Public Health

Der Medizinischen Universität Wien

Glinon

Univ.-Prof. DDr. Simon Judit MSc. BA. BSc. FFPH Leiterin des Abteilung für Gesundheitsökonomie des Zentrums für Public Health

Ass.-Prof. Dr. Hoffmann Kathryn MPH

Abteilung für Allgemein- und

Familienmedizin des Zentrums für Public Health

Eug Silverband

Univ.-Prof. Mag. DDr. Schernhammer Eva Leiterin der Abteilung für Epidemiologie des Zentrums für Public Health

Univ.-Prof. Dr. Manfred Maier

Leiter des Abteilung für Allgemein- und

Familienmedizin des Zentrums für Public Health

Assoc. Prof. Priv.-Doz. Dr. Dorner Thomas MPH Institut für Sozialmedizin des Zentrums für Public

D. Lieg D_

Assoc. Prof. Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Hutter Hans-Peter Dr. Lilly Damm Institut für Umwelthygiene Institut für Umw

des Zentrums für Public Health

Institut für Umwelthygiene
des Zentrums für Public Health